

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

3. November, Leipzig, Marriott Hotel



Gegenstand:

GRÜNE Landwirtschaftspolitik: nachhaltig, bäuerlich, verbraucherorientiert

Antragsteller:

Landesvorstand

L-1

Bemerkungen:

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____

Gültig: _____

Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____

Zurückgezogen:

Modifizierte Übernahme:

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für eine nachhaltige Landwirtschaft, die vereinbar
2 ist mit Verbraucherinteressen, dem Wasserschutz, dem Erhalt der Artenvielfalt und der Bodenqua-
3 lität, die aber auch Wertschöpfung in den ländlichen Regionen schafft.

4 Durch den ökologischen Landbau werden diese Kriterien am besten erfüllt, da er nachhaltig und
5 Ressourcen schonend wirtschaftet und als Vorbild zur Produktion hochwertiger Lebensmittel unter
6 der Einhaltung strenger Natur- und Tierschutzkriterien dient. Nicht nur der Verzicht auf chemisch-
7 synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel zeichnet den Ökolandbau aus, auch das Schließen
8 von Nährstoffkreisläufen und das Einhalten einer festen, möglichst weitgestellten Fruchtfolge zur
9 Steigerung der Pflanzen- und Bodengesundheit sprechen für eine naturnahe und umweltfreundli-
10 che Wirtschaftsweise. Auch die Biodiversität profitiert von einer ökologischen Bodenbewirtschaf-
11 tung.

12 Die zunehmende Nachfrage nach Biolebensmitteln zeigt, dass eine stärkere Förderung der bäuerli-
13 chen Landwirtschaft von den Verbraucherinnen und Verbrauchern gewollt ist. Dazu gehört auch
14 der Ausbau der Ökolandbau-Forschung.

15 Gemeinsame Agrarpolitik Europas (GAP) ökologischer gestalten

16 Um der europäischen Landwirtschaft von 2014 bis 2020 einen Rahmen zu geben, wird derzeit im
17 Europäischen Parlament, in der Europäischen Kommission und im Europäischen Rat die gemein-
18 same Agrarpolitik Europas (GAP) neu gestaltet. Da es sich bei Direktzahlungen, welche an die
19 europäische Landwirtschaft fließen, um öffentliche Gelder handelt, ist es nötig die GAP deutlich

20 umweltfreundlicher und damit im Sinne der Europäischen Bürger zu gestalten. BÜNDNIS 90/DIE
21 GRÜNEN fordern die bessere Unterstützung bäuerlicher Strukturen, die Arbeitsplätze im ländlichen
22 Raum schaffen und sich dem Natur- und Tierschutz verpflichtet fühlen.

23 Die Bindung von Direktzahlungen an ökologische Kriterien wie bspw. eine möglichst weite Frucht-
24 folge, welche dem Boden- und Gewässerschutz zuträglich ist, muss genauso in der zukünftigen
25 GAP berücksichtigt werden wie die Deckelung dieser Zahlungen bei 80.000 Euro, um Chancen-
26 gleichheit auch für kleinere Betriebe zu erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine verbes-
27 serte Chancengleichheit auch in Sachsen! Bis jetzt protegiert die Agrarpolitik der Sächsischen
28 Staatsregierung einseitig die Interessen großer, industriell fertiger Agrarbetriebe.

29 **Ressourcensparend wirtschaften**

30 Ein Ziel landwirtschaftlicher Betriebe muss mehr Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen sein. Am
31 schnellsten umsetzbar ist dabei die Energieeinsparung. Deutliche Energieeinsparpotenziale liegen
32 bspw. in der Stickstoff-Düngung. Die Herstellung von Stickstoffdüngemitteln ist sehr energieauf-
33 wendig und damit abhängig von fossilen Brennstoffen. Mit dem Anbau besonders stickstoffbin-
34 dender Pflanzen, gibt es natürliche Alternativen. Es kann auf die Verwendung synthetischer Stick-
35 stoffdünger völlig verzichtet werden. Auch in der Lagerung und Ausbringung organischer Wirt-
36 schaftsdüngemittel liegen große Potenziale zur Vermeidung von Nährstoffverlusten.

37 Einfache Maßnahmen, wie das Reduzieren von Ackerüberfahrten durch das Kombinieren von Ar-
38 beitsgängen oder die Abwärmenutzung in Biogasanlagen, welche primär mit Reststoffen und
39 nicht mit dafür erzeugten Energiepflanzen betrieben werden sollten, können einen großen Beitrag
40 zum Energiesparen leisten. Auch kraftfutterreduzierte Wiederkäuerfütterung verbunden mit der
41 Nutzung und Pflege des Grünlandes, sind von Bedeutung für eine nachhaltige und klimafreundli-
42 che Wirtschaftsweise. Der Anbau von Pflanzen zur Energiegewinnung darf nur soweit gehen, dass
43 die Nahrungsmittelsicherheit nicht gefährdet wird. Dies gilt auch für andere Länder und Kontinen-
44 te, in denen der Energiehunger der Industrie- und Schwellenländer durch Land Grabbing das Le-
45 ben von Menschen in Entwicklungsländern gefährdet.

46 **Gentechnikfrei erzeugen, ernten, essen**

47 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und damit auch für den
48 Ausbau gentechnikfreier Regionen in Sachsen ein. Wir fordern Transparenz, eine klare Verursa-
49 cherhaftung für Unternehmen, welche mit Gentechnik arbeiten sowie ein Patentverbot auf Gene,
50 die mit Hilfe dieser Technik erzeugt wurden. Zum einen sind die Risiken dieser Technologie nur
51 unzureichend bekannt, zum anderen werden durch die Gentechnik Monokulturen und die Ab-
52 hängigkeit der Landwirte von Chemie- und Saatgutkonzernen verstärkt. Priorität muss die gen-

53 technikfreie Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln haben. Kennzeichnungspflichtig müssen
54 direkt gentechnisch erzeugte Lebensmittel und auch Veredelungsprodukte sein, welche bspw.
55 durch die Verfütterung gentechnisch veränderter Pflanzen hergestellt wurden. Laut eines Urteils
56 des Europäischen Gerichtshofes vom 06.09.2011 darf Honig indem Pollen des Gen-Maises MON
57 810 enthalten ist, in Europa nicht verkauft werden. Dies bedeutet unter Umständen für die betrof-
58 fenen Imker schwere wirtschaftliche Einbußen. Nicht nur die Pollen der gentechnisch veränderten
59 Pflanzen sind in der Imkerei problematisch, auch die dadurch begünstigten Monokulturen ver-
60 bunden mit einem Vernichten sämtlicher Wildkräuter im Feld führen zu Mangelerkrankungen in den
61 Bienenvölkern. Der Einsatz von Agro-Chemie und das starke Auftreten bestimmter Schädlinge,
62 wie der Varroa-Milbe, setzen der Bienen-Gesundheit vermehrt zu. Der Verzicht auf Pflanzen-
63 schutzmittel und Gentechnik in Kombination mit einer hohen Biodiversität und Zusatzmaßnah-
64 men, wie dem Anlegen von Blühstreifen, sind nützliche Maßnahmen zum Schutz der Bienen und
65 der Imkerei als Teil einer ganzheitlichen Landwirtschaft.

66 **Tiere artgerecht halten**

67 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für art- und verhaltensgerechte Bedingungen in der Tierhal-
68 tung. Industrieartige Großställe mit mehreren tausend Tieren auf engstem Raum können dies nicht
69 gewährleisten. Sachsen ist bei der Förderung großer Mast- und Zuchtanlagen einsamer Spitzen-
70 reiter. 2008 und 2009 flossen 34 Millionen Euro in die Subventionierung von Tierfabriken, in de-
71 nen Lebewesen nur als Teil eines industriellen Produktionsprozesses betrachtet werden. In der
72 konventionellen Milchviehhaltung wird primär die Jahresleistung einer Kuh betrachtet, welche
73 ungeachtet der Strapazen für das Tier, maximiert werden soll. Auch in der Geflügel- und Schwei-
74 nehaltung steht oft die Gewinnoptimierung über dem Tierwohl. Um die Tiergesundheit zu stei-
75 gern, muss ein Umdenken hin zu einer möglichst hohen Lebensleistung eines Tiers, verbunden mit
76 artgerechter Fütterung, genügend Stall- und Auslauffläche, einsetzen. In den Richtlinien für den
77 ökologischen Landbau werden Haltungs- und Fütterungsbedingungen für Nutztiere streng gere-
78 gelt. Diese dienen nicht nur dem Tier, sondern verbessern auch die Qualität des erzeugten Le-
79 bensmittels. Nur die Tierhaltung in überschaubaren, bäuerlichen Strukturen ermöglicht ein genau-
80 es Beobachten der Tiere und ist damit für art- und verhaltensgerechte Bedingungen unerlässlich.
81 Unter welchen Verhältnissen Tiere gehalten werden, ist aber auch eine Entscheidung der
82 Verbraucher, die zwischen Produkten verschiedener Haltungsbedingungen wählen können. Dafür
83 fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehr Transparenz durch genaue Kennzeichnung der Produkte
84 mittels eines Tierschutzlabels.

85 **Systematische Antibiotikaeinsätze in der Tierhaltung abschaffen**

- 86 Eine im November 2011 durch das Umweltministerium in Nordrhein-Westfalen vorgestellte Studie
87 zum Antibiotika-Einsatz in der Hähnchenmast zeigt, dass über 96 Prozent der Tiere im Untersu-
88 chungszeitraum teilweise mit mehreren verschiedenen Antibiotika behandelt wurden. Wenn fast
89 alle Masttiere mit Antibiotika gefüttert werden, ist nicht das Tier, sondern das System krank!
- 90 Der Verdrängungswettbewerb bei der industriellen Hähnchenmast führt dazu, dass Antibiotika
91 rechtswidrig als Mittel für schnelleres Wachstum eingesetzt werden. In Sachsen sind aktuell allein
92 13 neue Geflügelzuchtfabriken mit bis zu 300.000 Tieren pro Anlage geplant. Diese vom Freistaat
93 hoch subventionierten Anlagen werden zu einer enormen Risikoquelle für die Entstehung antibio-
94 tikaresistenter Keime. Antibiotika-Rückstände in tierischen Lebensmitteln können Antibiotikare-
95 sistenzen und Krankheiten auslösen.
- 96 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern deshalb schärfere Kontrollen der Antibiotika-
97 Anwendung und eine zentrale Datenbank zur lückenlosen Dokumentation der Antibiotika-
98 Vergabe in der Tierhaltung.
- 99 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sehen erhebliche Informationsdefizite in Sachsen und fordern die
100 Staatsregierung auf, Antibiotikaeinsatz systematisch und umfassend zu untersuchen. Wir erwar-
101 ten, dass das Umweltministerium über den Antibiotikaeinsatz in den sächsischen Anlagen öffent-
102 lich aufklärt, diesen wirksam begrenzt und kontrolliert.
- 103 Wir fordern ein Umdenken beim Einsatz von Antibiotika und verbindliche Reduzierungsziele beim
104 Antibiotikaeinsatz. Tiere dürfen nur im Krankheitsfall und nicht vorbeugend behandelt werden.
105 Falsche Anreize zum Einsatz hoher Medikamentenmengen müssen abgeschafft werden. Deshalb
106 dürfen behandelnde Tierärzte nicht mehr am Verkauf von Antibiotika verdienen. Wir wollen, dass
107 Tierärzte Medikamente für die Tierhaltung nur noch bei Krankheit verschreiben und nicht mehr
108 verkaufen können.
- 109 Die Förderung industrieller Tierhaltungsanlagen durch den Freistaat Sachsen ist in Anbetracht der
110 negativen Auswirkungen dieser Haltungsformen abzulehnen. Sinnvoller ist es hingegen, Anreize
111 für sächsische Landwirte zu schaffen, ihre Tierbestandsdichte zu reduzieren und die Mastdauer zu
112 verlängern. Die sächsische Förderpraxis ist dahingehend neu auszurichten.
- 113 Wir wollen mit entsprechender Lebensmittelkennzeichnung den Züchtern einen Wettbewerbsvor-
114 teil verschaffen, die nachgewiesen ohne Antibiotika arbeiten. Deshalb fordern wir eine Kennzeich-
115 nungspflicht für tierische Produkte. Es muss für die Verbraucherinnen und Verbraucher transpa-
116 rent sein, wie und ob während der Mast Antibiotika eingesetzt wurde.
- 117 **Bodenschutz ernst nehmen**

118 Auch der Schutz des Bodens ist für ein harmonisches Miteinander von Mensch und Natur uner-
119 lässlich. Das Versiegeln von landwirtschaftlich nutzbaren, teils sehr fruchtbaren Böden durch Be-
120 bauung oder ähnliche Maßnahmen wird, nicht nur in Sachsen, zu einer immer stärkeren Bedro-
121 hung für die Umwelt. Seit 1991 gingen den sächsischen Landwirten 38.400 ha landwirtschaftliche
122 Nutzfläche für die Errichtung von Wohn-, Verkehrs- und Wirtschaftsbauten verloren. Für den ein-
123 zelnen Landwirt mag der Verkauf von Ackerland als teures Bauland lukrativ sein. Betrachtet man
124 allerdings die enormen Flächenverluste durch Bebauung und Bodenerosion weltweit, verbunden
125 mit der zunehmenden Weltbevölkerung und steigendem Flächenbedarf zur Produktion von Nah-
126 rungs- und Energiepflanzen, ist die zunehmende Bodenversiegelung verantwortungslos. Den Bei-
127 trag, den die Landwirtschaft zur Verlangsamung der rasanten Verluste nutzbarer Flächen leisten
128 kann, ist nicht zu unterschätzen. Durch die richtige Fruchtfolgegestaltung und eine möglichst ge-
129 ringe Bodenbearbeitungsintensität können Humusgehalt und Bodenstruktur so verbessert werden,
130 dass die Erosion auf ein Minimum zurückgefahren wird. Wir haben auch globale Verantwortung,
131 dieses Wissen um Maßnahmen zum Bodenschutz selbst zu nutzen und auch in andere Regionen
132 der Welt zu vermitteln, in denen Bodenerosion existenzbedrohende Ausmaße annimmt.

133 **Chancen der ländlichen Neuordnung nutzen**

134 In Sachsen laufen Verfahren für die Flurneuordnung. Durch die Flurneuordnung werden landwirt-
135 schaftliche Splitterflächen zu größeren Einheiten zusammengeführt. Dabei müssen zukünftig na-
136 turschutzfachliche Gesichtspunkte stärker einbezogen werden. Die übergeordneten Ziele müssen
137 die biologische Vielfalt sowie eine Verringerung des Flächenverbrauchs sein. Der Zugewinn an
138 Wirtschaftlichkeit für die Agrarbetriebe darf nicht zu Lasten des Lebensraumes wilder Pflanzen und
139 Tieren gehen. Nicht mehr genutzte Feldwege sollten nicht in Feldfläche umgewandelt, sondern
140 vorrangig als Naturflächen zum Verbinden von Biotopen ausgewiesen werden. Der Biotopver-
141 bund ist in Neuordnungsgebieten zwingend umzusetzen. Eine Naturschutzflächenbilanz soll zu
142 den Genehmigungsvoraussetzungen für Flurneuordnungsverfahren gehören. Wir fordern einen
143 Gewinn von Naturflächen innerhalb jedes Neuordnungsgebietes.